

Wesentliche Erkenntnisse der Anhörung zu diesem Themenschwerpunkt sind:

- Hinsichtlich der Verantwortlichkeiten für die damalige Heimerziehung ist von einer Verantwortungskette auszugehen, die sowohl auf struktureller als auch auf einzelfallbezogener Ebene bestand: [verantwortungskette ist interessant und könnte ansatzpunkte bieten, in verantwortung zu nehmen, angefangen bei den behörden, endend bei den heimen und einzelnen erziehern.](#)

Im Bereich der (konkurrierenden) Gesetzgebung zur öffentlichen Fürsorge (Art. 74 Abs.1 Nr.7 GG) tragen der Bund und die Länder die Verantwortung für die Rechtsgrundlagen zur Heimeinweisung und -aufsicht. Die Ausführung der gesetzlichen Aufgaben obliegt den Jugendbehörden in den Ländern. Im Hinblick auf die Heimeinweisung wurde bis 1990 zwischen der von den Landesjugendämtern zu verantwortenden überörtlichen Erziehungshilfe (Fürsorgeerziehung, Freiwillige Erziehungshilfe) und der von den örtlichen Jugendämtern zu verantwortenden örtlichen Erziehungshilfe unterschieden. Zu ihren Aufgaben zählte auch die Überprüfung der Notwendigkeit des Hilfebedarfs und der Fortsetzung der Heimunterbringung im Einzelfall. Den Landesjugendämtern oblag darüber hinaus auch die (einzelfallunabhängige) Aufsicht über die Heime als Instrument der Gefahrenabwehr. [hier wir die verantwortungskette konkretisiert.](#)

Die Voraussetzung für eine Heimeinweisung bildete auch damals eine Zustimmung der für die Personensorge zuständigen Person (leibliche Eltern, Vormund oder Pfleger). [hier wird versucht, das problem auf dien eltern abzuschieben. dabei weiß man, daß in vielen fällen, die eltern \(auch heute noch\) genötigt wurden, den entsprechenden antrag zu stellen.](#) Im

Fall der Fürsorgeerziehung und der freiwilligen Erziehungshilfe trat an die Stelle der Personensorgeberechtigten das öffentliche Erziehungsrecht des Landesjugendamtes. Der Ausführung der Fürsorgeerziehung durch das Landesjugendamt ging eine Anordnung durch das Vormundschaftsgericht voraus.

Die Einrichtungen wiederum leiteten im Einzelfall ihr Erziehungsrecht vom Personensorgeberechtigten bzw. vom Landesjugendamt als Erziehungsbehörde ab. Sie waren damit hinsichtlich der Leistungserbringung den einweisenden Jugendämtern bzw. dem Landesjugendamt, hinsichtlich der Ausübung der Personensorge den Sorge- bzw. Erziehungsberechtigten verantwortlich. Strukturell unterlagen sie der Aufsicht des Landesjugendamtes und hatten die gesetzlich geregelten Meldepflichten zu erfüllen. In einzelnen Fällen agierte also das Landesjugendamt als einweisende Stelle, als Aufsichtsbehörde, als Träger des Individuellen Erziehungsrechts und als Träger der Einrichtung. [der fortgang der verantwortungskette](#)

- Zu jedem Zeitpunkt war sichergestellt, dass zumindest eine sorge- oder erziehungsberechtigte Person die rechtliche Verantwortung für ein Kind innehatte. Diese Person(en) war(en) verantwortlich für die Prüfung, ob die Heimerziehung dem Wohl des Kindes dienlich war und ob die Grenzen des Erziehungsrechts eingehalten waren. [der fortgang der verantwortungskette](#)

- Gemäß der Anhörung ist davon auszugehen, dass Straftaten, die zur fraglichen Zeit – also bis 1975 – begangen wurden, zum heutigen Zeitpunkt strafrechtlich verjährt sind (Ausnahme: Mord) und zivilrechtlich Ansprüche nur geltend gemacht werden können, wenn keine Verjährungseinrede des Schädigers erfolgt. [frage ist, wie die verjährung bei menschenrechtsverletzungen aussieht.](#)

In einem zweiten Schwerpunkt wurde durch Vertreter des BMAS die aktuelle Situation hinsichtlich des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) und des Rentenrechts erläutert. Wesentliche Erkenntnisse hierbei sind:

- Das Opferentschädigungsrecht greift dann, wenn eine Schädigung durch einen gewalttätigen Angriff vorliegt. Der Kausalzusammenhang zwischen der Tat und einer heute existierenden Gesundheitsschädigung muss nachgewiesen werden. Die Beweislast liegt bei dem Geschädigten selbst. [die armen geschädigten, wir brauchen eine beweislasterkehr!](#) Zudem gilt das OEG für Taten vor seinem Inkrafttreten (16.05.1976) nur, wenn der/die Geschädigte durch die Tat schwerbeschädigt und er/sie wirtschaftlich bedürftig ist. Zudem werden keine Leistungen zum Ausgleich beruflicher Nachteile erbracht. Hinsichtlich der betroffenen ehemaligen Heimkinder erweist sich das OEG demnach als wenig tauglich und kann vermutlich nur in wenigen Einzelfällen zu

einer Entschädigung führen. [so ist es leider](#)

- Derzeit gibt es keine Möglichkeit, die seinerzeit im Rahmen der Heimerziehung geleisteten Arbeit als Rentenbeitragszeit – soweit damals keine Rentenbeiträge abgeführt wurden – anzuerkennen. Jede Anerkennung von Beitragszeiten bedarf der tatsächlichen Einzahlung in die Rentenversicherung. Sonderregelungen bedürfen der Gesetzesänderung. [darum brauchen wir einen speziellen fonds für äquivalenzleistungen, siehe
http://dierkschaefer.files.wordpress.com/2009/04/verfahrensvorschlaege-rt.pdf](#)

Im folgenden Tagesordnungspunkt wurden weiterführende juristische Fragen aus Sicht des Runden Tisches erörtert. In der weiteren Arbeit des Runden Tisches seien alle relevanten juristischen Themen und Möglichkeiten gewissenhaft zu prüfen. Dabei sei die vorangegangene Anhörung als Ausgangspunkt und als Vergewisserung des aktuellen rechtlichen Status zu verstehen. Die weiterhin zu prüfenden bzw. zu vertiefenden Themenkomplexe seien:

- Das Herausarbeiten von Maßstäben für die Bearbeitung juristischer Aspekte bei der Aufarbeitung von Fehlentwicklungen der Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland
- Die Sicherung von Informationen / Dokumenten / Akten.
- Die Auflistung / Beschreibung der Verantwortlichkeiten in der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre.
- Strafrechtliche Aspekte und Sühneanspruch
- Haftungsansprüche (Schadensersatz, Schmerzensgeld)
- Rechtsgrundlagen für Geldleistungen zur Entschädigung und Wiedergutmachung
- Sozialrechtliche Ansprüche
- Entschädigungstatbestände im Rahmen von privatrechtlichen Stiftungen / Fonds
- Juristische Konsequenzen in Hinsicht auf die Sicherungen heutiger Heimerziehung gegen vergleichbare Fehlentwicklungen.

Aus Sicht eines ehemaligen Heimkinds berichtete Herr Karsten D. Voigt (Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Auswärtiges Amt), Jg. 1941, von seinen eigenen Heimerfahrungen in den Jahren 1955 bis 1960 im „Rauhen Haus“, Hamburg. [Hier hätte man gern mehr gewußt. ob man herrn voigt gefragt hat, ob er mit einer veröffentlichung einverstanden wäre? ich fürchte, nein. doch sollte er nicht einverstanden sein, wäre das sein gutes und zu respektierendes recht](#)

Zum Tagesordnungspunkt „Zentrale juristische Fragen zur Arbeit von Beratungs- und Infostellen“ berichtete zunächst Herr Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.

Wesentliche Ergebnisse dieser Anhörung sind:

- Generell besteht für die Betroffenen ein Auskunftsrecht in Bezug auf die sie selbst betreffenden Unterlagen. Dieses Auskunftsrecht sollte in der Regel in Form der Akteneinsicht gewährt werden. In einem Abwägungsprozess sind im Rahmen eines Akteneinsichtsrechtes des Betroffenen in Anlehnung an die Interessenabwägungen in den Regelungen des SGB X (§§ 25, 83 SGB X) und des Informationsfreiheitsgesetzes der Schutz personenbezogener Daten dritter Personen (z.B. anderer ehemaliger Heimkinder, Erzieher) sowie der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die nach der Regelung des § 35 Abs. 4 SGB I dem Schutz der personenbezogenen Daten gleichgestellt sind, zu berücksichtigen. Sind in den Unterlagen auch Namen Dritter enthalten, sind diese unkenntlich zu machen (z.B. durch Schwärzen), wenn es sich um ebenfalls betroffene ehemalige Heimkinder handelt. [hier hat man verunmöglicht, zeugen zu finden](#) Das Interesse ehemalige Erzieher, deren Name in Ausübung einer Funktion in die Akte aufgenommen wurde, muss in Anlehnung an die gesetzgeberische Wertung zum IFG und zum allgemeinen Datenschutzrecht zurückstehen. [das ist in ordnung, wissen das die heime auch?](#)
- Die zentrale Sammlung von Akten, etwa an zentralen Stellen der Länder, ist derzeit problematisch. Es handelt sich hierbei um Unterlagen unterschiedlichster Rechtsträger, für die unterschiedliches Recht gilt. Eine derartige zentrale Sammlung bedürfte ggf. einer Änderung von Bundes- und Landesrecht. [wäre angemessen](#)
- Hinsichtlich einer Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke bei Behörden oder

anderen Stellen wäre eine Übertragung der Regelung des § 75 SGB X interessensgerecht, soweit diese aufgrund der Trägerschaft der Einrichtung nicht unmittelbar gilt. Für freie Träger gelten jedoch teilweise abweichende Bestimmungen, die im Einzelfall noch zu prüfen sind. Nach § 75 SGB X wäre zunächst Voraussetzung, dass die obersten Landesbehörden dem jeweiligen wissenschaftlichen Vorhaben zustimmen. Eine derartige Zustimmung ist zu erteilen, wenn

- die wissenschaftliche Forschung durch eine öffentliche Stelle (z.B. Hochschule) im Rahmen ihrer Aufgaben erfolgt und
- schutzwürdige Interessen des Betroffenen (ehemaligen Heimkindes oder Erziehers oder sonst betroffenen Dritten) nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse an der Forschung das Geheimhaltungsinteresse erheblich überwiegt. [das beinhaltet einen Täterschutz](#)

Eine Übermittlung ohne Einwilligung (vorherige Zustimmung) der Betroffenen ist nicht zulässig, soweit es zumutbar ist, die Einwilligung einzuholen oder der Zweck der Forschung nicht auf andere Weise zu erreichen ist (§ 75 SGB X). In diesen Fällen sind die Daten unverzüglich zu anonymisieren.

- Da die relevanten Datenschutzfragen nicht abschließend geklärt werden konnten und in vielen Fällen der Abwägung bedürfen, wurde für eine weitere Konkretisierung und ggf. eine tragfähige Empfehlung des Runden Tisches zu Datenschutzfragen die weitere Zusammenarbeit des Runden Tisches mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz sowie mit den übrigen involvierten Datenschutzbeauftragten (Landesdatenschutzbeauftragten, Datenschutzbeauftragten der Kirchen) vereinbart.

Im Anschluss berichtete im Weiteren Herr Prof. Dr. Peter Schruth zur Arbeit von Info- und Beratungsstellen. Er wies darauf hin, dass es im Sinne der Sozialstaatlichkeit zur Aufgabe des Runden Tisches aus seiner Sicht gehöre, Betroffenen vertrauensvolle Stellen, Personen, zuhörende und fachlich kompetente Beratende zur Seite zu stellen. [Genau darauf warte ich schon lange](#)

Es folgten Berichte der Infostelle und der Geschäftsstelle des Runden Tisches zu ihren Aufgabengebieten und Arbeitsweisen. [hier hätte ich gern deutlich mehr erfahren, und ich verstehe nicht, warum das Protokoll nicht mehr Informationen liefert.](#)